

Tanja Gönner: Uns geht es jetzt um einen Umstieg im Ausstieg

RNZ-Gespräch mit Baden-Württembergs Umweltministerin zur Position der CDU in Sachen Atomausstieg

Von Roland Muschel

Stuttgart. Im Gegensatz zu Wirtschaftsminister Ernst Pfister (CDU) kann sich Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) keinen Bau neuer Atomkraftwerke vorstellen. Sie plädiert für eine Laufzeitverlängerung. Die Hälfte der daraus resultierenden Gewinne soll in erneuerbare Energien fließen.

> **Die Schweiz diskutiert den Bau neuer Atomkraftwerke, hierzulande kann sich Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) neue Meiler vorstellen. Sie auch?**

Nein. Die CDU will keine Neubauten, sondern eine Laufzeitverlängerung für die bestehenden Atomkraftwerke im Land.

> **Laufzeitverlängerung, heißt das: Die CDU würde 2009 in einer anderen Regierungskonstellation den Atomkonsens aufkündigen?**

Wir stellen den Ausstieg nicht grundsätzlich in Frage. Für uns war die Kernenergie immer eine Brückentechnologie. Uns geht es jetzt um einen Umstieg im Ausstieg. Wir fordern, die Kernkraftwerke für die Dauer zu nutzen, für die sie ausgelegt sind: 40 bis 45 Jahre.

> **Der Atomkonsens geht von 32 Jahren Laufzeit pro Meiler aus.**

Die Überlegung muss doch lauten: Wie stelle ich die Stromversorgung sicher? Auf die Schnelle geht das nur, indem

Kernkraft durch Kohle ersetzt wird. Der Bau von Kohlekraftwerken würde aber den CO₂-Ausstoß steigern und Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Ener-



Umweltministerin Tanja Gönner. Foto: o

gien blockieren. Da sollten wir lieber die Laufzeit um acht Jahre verlängern und in der Zwischenzeit die erneuerbaren Energien voranbringen.

> **Und vom verzögerten Ausstieg profitieren dann die Atomkonzerne?**

Die Landesregierung will der Energie-

wirtschaft nur unter einer Bedingung längere Laufzeiten zugestehen: Sie müsste zusagen, die Hälfte der daraus entstehenden Gewinne für erneuerbare Energien einzusetzen. Die Landesregierung will mit der EnBW eine solche Vereinbarung schließen.

> **Wie soll die konkret aussehen?**

Eine solche Vereinbarung müsste etwa festlegen, was mit den 50 Prozent des Gewinns passiert, die die ENBW abtreten soll. Das Geld könnte etwa in einen Fonds für den Ausbau erneuerbarer Energien und deren weiterer Erforschung fließen.

> **So wollen Sie dem Bundesumweltminister Gabriel eine Laufzeitverlängerung schmackhaft machen? Glauben Sie, er lässt sich darauf ein?**

Wir hoffen, dass der Bund die sich bietenden Chancen erkennt und diesen Vorschlag aufnimmt.

> **Bei der von der EnBW beantragten Übertragung von Reststrommengen von einem neueren auf einen alten Meiler würde der Konzern keinen zusätzlichen Gewinn machen.**

Die Gesamtlaufzeit bliebe gleich. Unser Vorschlag basiert auf der Annahme, dass die Laufzeiten generell von den im Atomkonsens zugrunde gelegten etwa 32 Jah-

ren pro Meiler auf 40 bis 45 Jahre verlängert werden.

> **Widerspricht der EnBW-Antrag nicht dem Geist des Atomgesetzes?**

Das Atomgesetz lässt die Möglichkeit der Strommengenübertragung auch von neu auf alt ausdrücklich offen. Die CDU war ohnehin immer gegen den Atomkonsens.

> **Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion liegt im Land unter dem Bundesschnitt. Ist das nicht ein Versäumnis der Landespolitik?**

In den Zahlen auf Bundesebene spiegelt sich auch der starke Ausbau bei der Windkraft wider. Küstennahe Standorte haben da natürlich Vorteile. Die Biomasse als die für Baden-Württemberg wichtige erneuerbare Energie hat gerade Rot-Grün lange unterbewertet. Jetzt kommen wir auch bei der Wasserkraft, langsam, aber mit deutlichen Steigerungsraten voran.

> **Gabriel will eine neue Suchschleife für ein Atommüllendlager starten. Was spricht dagegen?**

So gut wie der längst als Endlager ausgewählte Salzstock Gorleben wurde weltweit kaum etwas erkundet. Nun muss endlich weiter untersucht werden, damit wir dort bis spätestens 2040 ein Endlager haben. Die Zwischenlager sind nur für maximal 40 Jahre genehmigt. Bei einem neuen Suchlauf hätten wir vor Mitte des Jahrhunderts kein Endlager - und damit auch ein Problem mit der Zwischenlagerung von Atommüll.